Weiter Kritik an türkischem Einfluss auf deutsche Verbände

4. August 2016

Hamburg (KNA) Die Kritik am Einfluss der Türkei auf muslimische Verbände in Deutschland wird lauter. Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD, Aziz Bozkurt, bezeichnete es als „erschreckend“, welche Töne vom türkisch-muslimischen Verband Ditib zu hören seien. Es sei das Bild einer Organisation entstanden, „die unserem Zusammenleben gar nicht guttun kann“, schreibt er in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Samstag). Das zeigten etwa die Ausladungen von Politikern zu Iftar-Empfängen nach der Armenien-Resolution. Zur Wehrhaftigkeit der Demokratie gehöre es, dass Demokratiefeinden „frühzeitig der Stecker gezogen werden muss.“

Der Bundesvorsitzende der Kurdischen Gemeinde, Ali Ertan Toprak, forderte von der Bundesregierung eine Klärung des Verhältnisses zu muslimischen Verbänden. Im Hinblick auf die Ditib sagte er dem „Spiegel“: „Wer vom Ausland dirigiert wird, wer sich mehr mit einem ausländischen Staat identifiziert als mit der hiesigen Gesellschaft, kann nicht erwarten, dass er bei der Integration der Muslime und der Gestaltung der Islampolitik als Gesprächspartner akzeptiert wird.“

Auch Grünen-Chef Cem Özdemir erneuerte seine Kritik an der Ditib. Sie sei „im Kern eine politische Organisation – noch dazu eine, die aus der Türkei von der dortigen Regierung gesteuert wird“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Wer verlange, dass ein solcher Verband an deutschen Schulen islamischen Religionsunterricht anbiete, „der sollte ehrlicherweise dazu sagen, dass er den türkischen Präsidenten an unsere Schulen holen will“.

Özdemir forderte mehr Unterstützung für einen gemäßigten Islam. Es müssten jene Muslime unter-stützt werden, die wollten, dass „der Islam durch das Feuer der Aufklärung geht“, sagte er. „Dieser andere Islam muss verstärkt an unseren Universitäten gelehrt werden. Er muss in Deutschland eine Heimat bekommen.“

Die Präsidentin des baden-württembergischen Landtages, Muhterem Aras (Grüne), sprach sich gegen islamischen Religionsunterricht durch Imame in Moscheen aus. Er müsse langfristig an deutschen Schulen, in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Personen durchgeführt werden, sagte sie der „Heilbronner Stimme“ und dem „Mannheimer Morgen“. Imame würden häufig für drei Jahre aus ihren Herkunftsländern einreisen und in Moscheen Islamunterricht geben, ohne Deutschland zu kennen. Dann wisse man nicht, was in Moscheen gepredigt werde. Zuletzt hatte die Ditib den Vorwurf zurückgewiesen, aus Ankara gesteuert zu werden.

(KNA – qkrnk-89-00014)

Stand: 13. November 2026